verteidigt, heutzutage nennen sich die Kartelle Werkzeuge der ständischen Gliederung. Ihre Vieldeutigkeit macht sie in allen Sätteln gerecht. Mit Fug weist die „Essener National-Zeitung" darauf hin, daß viele Fachschaften, die jetzt gegründet werden, eigentlich Preisschaften heißen sollten, „da sie in preislicher Hinsicht immer wieder ihre Bestrebungen darauf richteten, in egoistischer Manier für die eigene Tasche zu sorgen, anstatt die in der Entwicklung begriffene Konsumtionssteigerung durch gerechte Preise zu beschleunigen."

Diese bittere Kritik gilt nicht nur für die industriellen, sondern auch für die handwerklichen Kartelle, die Innungen. Eine sehr eindrucksvolle Zusammenstellung derartiger Preiserhöhungen findet sich in dem zitierten Blatte; wir greifen aus der langen Liste die Preise für Folienflaschen heraus, die um dreißig bis vierzig vom Hundert gesteigert sind, die hauswirtschaftlichen Maschinen mit bis zu dreißig vom Hundert Preissteigerung, die Scheibengardinenstangen mit rund 65 vom Hundert, Armaturen mit 20 bis 30 vom Hundert, Meßwerkzeuge mit 20 vom Hundert, Automobilfedern mit 30 bis 35 vom Hundert, Windfäden mit 10 vom Hundert, und ähnliche Verteuerungen meldet fast jede Nachricht über den Abschluß eines neuen Kartells. Eine indirekte Preiserhöhung stellt, um ein Beispiel zu nennen, der Beschluß der Berliner Bäckerzunft dar, einen Botenlohn von wöchentlich 20 Pfennig für den Frühgebäckversand zu erheben. Der Verband begründet diese Maßnahme mit der „Notwendigkeit", „daß jeder seinen gerechten Lohn für geleistete Dienste erhalten soll", und mit dem Wunsch, „die nationale Kaufkraft zu heben", obwohl auf diese Weise bestenfalls die Kaufkraft der Bäckermeister auf Kosten ihrer Kunden gehoben wird.

In dieser unglaublichen Verteilung der Kaufkraft liegt aber die eigentliche Gefahr. Da der Gesamtindex nur wenig gestiegen ist, geht aus der unbeschiedenen Erhöhung einer großen Anzahl von Monopolpreisen hervor, daß andere Preise entweder gar nicht oder nur minimal erhöht werden konnten, wenn nicht gar gesunken sind. Die Produzenten also, die nicht imstande sind, die Preise zu diktieren, weil sie sich nicht kartellieren können oder weil sich ihre Abnehmer weigern, die Waren zu höheren Preisen zu kaufen, laufen Gefahr, in eine neue Rentabilitätskrise zu geraten. Die Kartelle haben früher behauptet, sie verminderten die Konjunkturschwankungen; Theorie und Praxis ergaben, daß sie im Gegenteil die Krisen verschärften, weil die Preisschwankungen auf dem verengten freien Markt um so heftiger wurden. Es kommt hinzu, daß die Geldkapitalien, die zur Vornahme von Investitionen zur Verfügung stehen, so intensiv wie möglich ausgenutzt werden müssen, daß sie zur Beschäftigung von möglichst vielen Arbeitslosen dienen müssen. Mit einer bestimmten Summe Kapitals können bei niedrigen Preisen für Roh- und Hilfsstoffe sehr viel mehr Arbeiter beschäftigt werden als bei höherem Preisniveau. Gewiß werden die besseren Verdienste der Roh- und Hilfsstofflieferanten ebenfalls zur Beschäftigung von Arbeitern führen — wenn die Gewinne nicht etwa zur Erzielung einer besseren Liquidität benutzt werden —, aber darüber vergeht Zeit, und worauf es heute ankommt, ist eine rasche Auffangung der Arbeitslosenheere.

Es wäre unverständig, den Wirtschaftsprozeß dadurch zu behindern, daß nun eine Fülle von Höchstpreisen vorgeschrieben wird; bekanntlich führen Höchstpreise überall dort, wo sie dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage nicht entsprechen, unvermeidbar zum Schleichhandel. Es muß aber der Wirtschaft immer wieder eindringlich ins Bewußtsein gerufen werden, daß die ständische Gliederung nicht die Aufgabe hat, eine Monopolisierung der Märkte zugunsten bestimmter Interessentenkreise herbeizuführen, und es muß dafür gesorgt werden, daß die Kartelle nicht sich selbst überlassen bleiben. Schließt sich ein Wirtschaftszweig zu einem Kartell zusammen, womöglich unter offener Förderung durch eine Regierungsstelle, so bedarf die Geschäftspolitik dieses Kartells der Ueberwachung durch eine gemeinwirtschaftlich gerichtete Instanz. Der heutige Staat duldet nicht private Machtgebilde, die sich ohne Rücksicht auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung Sondervorteile verschaffen wollen.

Ein grundlegend bedeutsamer Programmpunkt

Die Bevölkerungspolitik

Der Reichsarbeitsminister hat an die Sozialministerien der Länder ein Rundschreiben über die neue Bevölkerungspolitik gesandt. Darin wird hervorgehoben, daß einer der wichtigsten Programmpunkte der nationalsozialistischen Bewegung die Durchdringung des politischen und wirtschaftlichen Lebens mit erbbiologischen Gedanken sei und daß die nationalsozialistische Regierung gewillt sei, auch diesen grundlegend bedeutsamen Programmpunkt zum Siege zu führen. Das ganze Staatswesen werde von dieser Erkenntnis beeinflußt und alle künftigen Gesetze, Verordnungen und Verfügungen würden von ihr durchdrungen sein. Der Reichsarbeitsminister betont dann, daß die Träger der Sozialversicherung die bevölkerungspolitische Propaganda der Reichsregierung mit allem Nachdruck zu unterstützen und daß sie dafür Sorge zu tragen hätten, daß das von der Reichsregierung veröffentlichte Aufklärungsmaterial an jeden Versicherten herangetragen werde. Diese Mitarbeit sei umso mehr geboten, als grade die Sozialversicherung in erster Linie Nutznießerin einer Durchdringung des ganzen Volkes mit gesunden erbbiologischen und bevölkerungspolitischen Gedanken sei. Die Versicherungsträger müßten daher die Aufklärungsaktion in jeder Hinsicht tatkräftig unterstützen.

Die Stadt der Ahnen

Posen ist die erste und einzige deutsche Stadt, für die eine Ahnenforschung systematisch durchgeführt wurde. Aus Archiven wie Kirchenbüchern hat Professor Dr. Schmid in fast 30jähriger Arbeit in einem Zettelkatalog mit weit über 100 000 Einträgen das Verzeichnis sämtlicher Bewohner der Stadt von etwa 1150 an bis vorerst 1803 aufgestellt.

Die Abrüstungskonferenz ist vertagt

Das Konferenzbüro soll erst die Lage klären

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 25. Oktober

Die heutige Bürositzung der Abrüstungskonferenz hat immer noch keine Klarheit über die tatsächliche Entwicklung des Abrüstungsproblems gebracht. Henderson hat im Büro vorgeschlagen, daß sich der Hauptausschuß morgen bis zum 4. Dezember vertagt und daß er das Büro der Konferenz beauftragen solle, bis dahin die Voraussetzungen für die zweite Lesung des MacDonald-Plans zu schaffen. Er hat diese Empfehlung mit einer neuen Erklärung der Notwendigkeit, die Konferenzarbeiten auf jeden Fall weiterzuführen, eingeleitet. Er bezeichnete es als ein Unglück für die Konferenz, wenn sie eine Politik einschlagen wolle, die als Einverständnis ihres Unvermögens oder des mangelnden Willens zur Erfüllung ihrer Aufgabe gedeutet werden könne. Es wäre ein Argument für diejenigen, die schon seit Monaten behaupten, daß gewisse Mächte nicht abrüsten wollen.

Man habe in den letzten Wochen oft von einer Vertagung der Konferenz bis zum nächsten Jahr gesprochen. Er widerspreche sich mit aller Entschiedenheit einem derartigen Plan. Er erkenne wohl an, daß Schwierigkeiten bestanden und daß man deshalb nicht sofort mit einer öffentlichen Diskussion beginnen könne, ohne vorher den Versuch zu machen, die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Aber alle diese Schwierigkeiten stellten keinen hinreichenden Grund dar, um die Arbeiten der Konferenz zu unterbrechen. Henderson bezeichnete als die Arbeitsgrundlage der Konferenz den MacDonald-Plan und die englischen Abänderungsvorschläge, die Sir John Simon in seiner Rede vom 14. Oktober dargelegt habe.

Was soll nun das Büro tun, das Henderson schon heute zu morgen nachmittag oder Freitag vormittag, also noch der Sitzung des Hauptausschusses, der zweifellos die heute vorgeschlagene Arbeitsmethode ebenfalls annehmen wird, einberufen hat? Henderson hat auf die Frage des italienischen Delegierten Soragna, ob das Büro bis zum 4. Dezember einen bindenden Konventionsentwurf schaffen solle, geantwortet, daß ihm lediglich die Vorbereitung eines Textes vorschwebe, der den jetzigen Stand der Abrüstungsverhandlungen trew wiedergebe.

In diesen Text sollen die Artikel des MacDonald-Plans, welche in seiner ersten Lesung von der Konferenz angenommen wurden, diejenigen Punkte, über die sich die Großmächte bei den Abrüstungsverhandlungen in London, Paris und Rom geeinigt haben, also die Grundsätze der Simon-Erklärung am 14. Oktober, sowie die noch bestehenden strittigen Punkte hineingearbeitet werden. Diese von Henderson selbst gegebene Definition zeigt klar, daß die Arbeit, welche dem Büro zugedacht ist, hauptsächlich technischer Natur sein. Die Arbeit der „Konferenz" bis zum 4. Dezember wird offenbar darin bestehen, die etwas verworrenen Vorgänge, die sich im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage in Genf auf der Konferenz und bei den neben der Konferenz hergehenden Besprechungen sowie außerhalb Genfs bei den Sonderverhandlungen zugetragen haben, in eine Art von Kompendium zusammenzufassen.

Dabei scheint man stillschweigend vorauszusetzen, daß bis zum 4. Dezember direkte Verhandlungen zwischen den Kabinetten stattfinden, um die Situation der Konferenz zu klären.

*

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat heute seine Tagung mit der Wahl des dänischen Regierungsvertreters und ehemaligen Ministers Bramsnäs zum Präsidenten des Verwaltungsrats abgeschlossen. Die nächste Tagung des Verwaltungsrats wird am 22. Januar 1934 in Genf stattfinden.

Keine Aenderung der englischen Abrüstungspolitik

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 25. Oktober

Die Vertagung der Arbeiten des Büros der Abrüstungskonferenz bis zum 4. Dezember hat in den Abendblättern noch keine Kommentare gefunden. Sie entspricht wohl den Instruktionen, die der britische Delegierte, Unterstaatssekretär Eden, mitbekommen hat, und bestätigt die Ansicht, daß man die deutschen Wahlen und auch noch ihre Auswirkungen abwarten will.

Von einer Sinnesänderung des englischen Kabinetts in bezug auf das Abrüstungsproblem selbst ist bisher nichts zu spüren. Die Regierung hält an MacDonalds Plan in seiner letzten Gestalt nach wie vor fest. Man glaubt auch hier, daß, wie immer auch ein neues französisches Kabinett zusammengestellt sein mag, sich die französische Einstellung zu dem Problem vorläufig nicht wesentlich ändern werde.

Der Sturz des Kabinetts Daladier wird übrigens in der englischen Presse in Kommentaren besprochen, die beweisen, daß man über die „ganz unnötigen, aber leider in Frankreich üblichen Parlamentsmanöver" ärgerlich ist. Es mischt sich etwas wie Verachtung über ein solches System in die Artikel, zugleich mit einem befriedigenden Hinweis auf die eigene parlamentarische Stabilität. Tatsächlich ist diese Stabilität in der Politik in diesen Tagen schon fast mit Stagnation zu bezeichnen. Das könnte an der Tatsache liegen, daß das Unterhaus nicht tagt, aber man spürt auch gar keine Anzeichen, daß, wenn das Parlament in vierzehn Tagen zusammentritt, die weittragenden Ereignisse, die in seiner Ferienzeit seit Anfang August sich zugetragen hatten, in irgendwie entscheidender Weise vor diesem Forum zur Aussprache kommen werden.

Die Regierung wird Rechnung legen, aber man wird von ihr kaum ernstlich Rechenschaft verlangen. Sollte es wider Erwarten doch geschehen, und zwar mit genügender Stoßkraft aus dem Lager unzufriedener Konservativer, dann kann allerdings eine Regierungskrise über Nacht eintreten, und es gibt Leute genug, die der Ansicht sind, daß es nicht genügt, das alte Spiel zusammenzuwerfen, wie das eben durch Deutschland in Genf geschah, und die Karten neu zu mischen, sondern daß man auch die Spieler ablösen sollte.

Sarrauts Bemühungen

Mehrheitsbildung ohne sozialistische Unterstützung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 25. Oktober

Wenn die Minister-Liste vermutlich auch noch keineswegs als feststehend bewertet werden kann, so dürfte sich doch aus dem bisherigen Verlauf der Bemühungen Sarrauts und in Anbetracht der parlamentarischen und politischen Lage überhaupt gegenwärtig folgendes als wesentliche Kennzeichen der Situation ergeben:

Sarraut macht den Versuch, ein Kabinett zu bilden, das die Regierungsführung von der sozialistischen Partei unabhängig macht und zu einer Mehrheitsbildung nach rechts hin überleiten soll. Er rechnet damit, zunächst etwa 300 Stimmen für sein Kabinett zusammenzubringen, und zwar etwa Neosozialisten links bis etwa 20 Stimmen der Gruppe Flandin rechts. Diese Regierung könnte nur als eine vorübergehende Auflösung überhaupt Bestand haben, in der Hauptsache also die dringenden Tagesaufgaben des Haushaltsausgleichs erledigen. Die Regierung würde (darauf deutet die so gut wie sichere Aussicht, daß Sarraut das Auswärtige Ministerium übernimmt), in der Außenpolitik sich daran halten, den gegenwärtigen für Frankreich sehr günstigen Status alliertiger internationaler Bündnisse und Freundschaften bei gleichzeitiger Isolierung Deutschlands zu bewahren.

Die parlamentarischen Gruppen haben im Laufe des Nachmittags über ihre Stellungnahme zu der Beauftragung Sarrauts beraten. Es heißt, daß es dabei in der radikalsozialen Fraktion zu scharfen Kundgebungen des Mißfallens Sarraut gegenüber gekommen sei, dem u. a. vorgeworfen wurde, daß er seinerzeit im Jahre 1923 in der Regierung Poincaré geblieben war, obwohl die radikalsoziale Partei gegen die Ruhrpolitik Poincarés Opposition gemacht hatte. Es ist kein Zweifel, daß der Gedanke der Ablehr vom Linkskartell mindestens einem halben Hundert Abgeordneter (die, wie übrigens auch Daladier, dem Wahlbündnis mit den Sozialisten ihre Mandate verdanken) nur sehr schwer und allmählich als unvermeidlich einleuchten wird.

In den Reihen der Sozialisten, denen hier schon etwas voreilig auf Grund der außergetzen Ereignisse des vergangenen Montags eine förmliche Spaltung prophezeit worden war, ist im Lauf des heutigen Tages so etwas wie Katzenjammer eingetreten. Der Parteiführer Leon Blum hatte heute morgen im „Populaire" den Teil seiner Fraktion, der für Daladier gestimmt hatte, als „ehemalige Genossen" bezeichnet. Heute abend hat er in einer Sitzung der sozialistischen Fraktion versprochen, in der Morgenausgabe vom Donnerstag diesen Ausdruck wieder zurückzunehmen.

Treuekundgebung deutscher Schriftsteller

88 deutsche Schriftsteller haben durch ihre Unterschrift dem Reichskanzler Adolf Hitler das folgende Treuegelöbnis abgelegt: „Friede, Arbeit, Ehre und Freiheit sind die heiligsten Güter jeder Nation und die Voraussetzung eines aufrichtigen Zusammenlebens der Völker untereinander. Das Bewußtsein der Kraft und der wiedergewonnenen Einigkeit, unser aufrichtiger Wille, dem inneren und äußeren Frieden vorbehaltlos zu dienen, die tiefe Ueberzeugung von unseren Aufgaben zum Wiederaufbau des Reiches und unsere Entschlossenheit, nichts zu tun, was nicht mit unserer und des Vaterlandes Ehre vereinbar ist, veranlassen uns in dieser ernsten Stunde, vor Ihnen, Herr Reichskanzler, das Gelöbnis treuester Gefolgschaft feierlichst abzulegen.

Friedrich Ahrenhövel, Gottfried Benn, Werner Beumelburg, Rudolf G. Binding, Walter Bloem, Max Karl Böttcher, Hans Fr. Blunck, Rudolf Brandt, Arnold Bronnen, Otto Brües, Alfred Bruß, Carl Bulcke, Hermann Claudius, Hans Martin Cremer, Marie Dies, Peter Dörfler, Max Dreyer, Franz Dülberg, Ferdinand Eckardt, Richard Euringer, Ludwig Finckh, Hans Franck, Otto Flake, Heinrich von Gleichen, von Gleichen-Rußwurm, Gustav Frenssen, Friedrich Griese, Max Grube, Johannes Günther, Max Halbe, Alle Hamel, Agnes Harder, Carl Haensel, Hans Ludwig Held, Karl Heinl, Friedrich W. Herzog, Rudolf Herzog, Hans von Hülsen, Paul Oskar Höcker, Rudolf Huch, Bruno W. Jahn, Hanns Johst, Max Jungnickel, Hans Kyndlen, Ruth Köhler-Irrgang, Gustav Kohne, Karl Lange, Joh. von Leers, Heinrich Lilienfein, Heinrich Lersch, Oskar Loerke, Herybert Menzel, Gerhard Menzel, Alfred Richard Meyer, Agnes Miegel, Walter von Molo, Börries Frhr. von Münchhausen, Müller-Partenkirchen, Mühlen-Schulte, Eckart von Naso, Helene von Rostiz-Wallwitz, Josef Ponten, Rudolf Presber, Hofrat Reibein, Alle Reiche, Hans Richter, Heinz Schaumacker, Johannes Schlaf, Anton Schnack, Friedrich Schnack, Rich. Schneider-Edenkoben, Wilhelm von Scholz, Lothar Schreyer, Gustav Schröer, Schussen (Wilhelm), Ina Seidel, Prof. Heinrich Sohnrey, Dr. Willy Seidel, Diedrich Speckmann, Heinz Stegewitz, Lulu v. Strauß u. Torney, Eduard Stucken, Will Vesper, Magnus Wabner, Leo Weismantel, Bruno Werner, Heinrich Zerkaulen, Hans Caspar von Zobeltitz.